



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Ansprache des Königs von Preußen an sein Volk.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ren Chargen, bei Begräbnissen wird nicht selten protestantischen Männern katholischer Frauen das Vortragen des kirchlichen Kreuzes verweigert, noch im Decem-ber 1848 stand öffentlich und amtlich an der St. Michaelskirche zu lesen, wie man nicht nur für begangene, sondern auch für künftige Sünden auf 4 Jahre vor-aus einen Ablass erlangen könne. Es ist Thatsache, daß der bairische Buchhandel fast nur durch Gebetbücher-Verkauf getragen wird, daß die flammenden Gebet- und Erzählungsbücher der Liguorianer in unzähligen Exemplaren verbreitet, das Volk beseligern, daß wir als tägliche Buchhändlerannoncen folgende lesen: „Heilige Seelenlust oder geistliche Hirtenlieder der in ihren Jesus verliebten Psphe, An-dachtbuch zur allerseeligsten Jungfrau und Mutter Gottes um ihren Saug zu er-flehen, besonders für unsere Zeit; Andacht zur Ehre der heiligsten Kindheit Christi, geistlicher Krippenbau u. s. w.,“ es ist Thatsache, daß unser Volk sich auch nach folgenden Schriften drängt und sich um sie schlägt: der Traumdeuter, Worte eines al-ten Propheten niederschrieben „gegen Ende 1848, um vor Aufhebung der Lotterie noch reich zu werden,“ der unfehlbare Schlüssel zum Sprengen der Lotterie. Nach den hinterlassenen Schriften der 115 Jahre alt gewordenen Nonne Cäcilia Cata-lini von Ludovico Caraccini Dr. theol. und philos.; diese Broschüren erleben fort-während neue Auflagen.

Unsere liberale Partei täuscht sich sehr, wenn sie ihren Feind für schwach und überwunden hält; er ist sehr mächtig und sobald er es einmal für nützlich hal-ten wird, den Fanatismus des Volkes zu gebrauchen, wird er uns seine Macht beweisen.

Die Ansprache des Königs von Preußen an sein Volk.

Um die Abberufung der preussischen Deputirten aus der Nationalversammlung zu rechtfertigen, erklärt der König, „sie sei in ihrer Mehrheit nicht mehr jene Vereinigung von Männern, auf welche Deutschland mit Stolz und Vertrauen blickte.“ Wenn man nun fragt, wer an jener Vereinigung fehlt, so sind es die Oestreicher und Baiern, die nämlich, durch deren perfide Coalition mit der Linken eben jene Bestimmungen in die Verfassung eingeschwärzt wurden, um deren Willen Preußen dieselbe nicht annehmen zu können erklärt. Wenn also die Haltung jener Männer gegen Preußen eine andere geworden ist, so liegt das nicht in, dem Austritt jener Feinde Preußens, sondern an der veränderten Stellung des Cabinets. Der König versichert, er habe Alles gethan,

um eine Verständigung herbeizuführen. Das ist nicht der Fall. Hätte die preussische Regierung vor der letzten Entscheidung mit Bestimmtheit erklärt, unter diesen Bedingungen könne die Krone nicht angenommen werden, so hätte man sich anders resolvirt; man hätte sich mit den Oestreichern verständigt, ein Directorium eingerichtet, oder was immer. Jetzt ist aber diejenige Partei, welche die Sache Preussens auf das Lebhafteste verfochten hat, u. A. gegen Herrn v. Würth, den jetzigen Bundesgenossen der preussischen Politik, der sie damals öffentlich beschimpfte, von Preußen selbst auf das Aergste compromittirt. — Der König versichert, die Centralgewalt habe Unrecht gethan, sich in das Einrücken der preussischen Truppen in Sachsen zu mischen, während doch selbst nach den alten Bundesgesetzen ein derartiges Einschreiten nur auf Veranlassung der Centralbehörde verstatet war. Es war gerade so, als bei der Erklärung der Kammer über die Gefeslichkeit des Belagerungsstandes derselben versichert wurde, sie habe sich in Verwaltungsangelegenheiten nicht zu mischen. — Der König spricht der Nationalversammlung das Recht ab, eine Verfassung zu geben, obgleich 30 Regierungen sich dafür erklärt haben, sich selbst aber vindicirt er, im Verein mit drei Königen, dieses Recht, gegen den Willen jener 30 Regierungen und der Nationalversammlung. — Er versichert, die octroyirte Verfassung einem Reichstage zur Revision vorlegen zu lassen; wahrscheinlich eben so, wie die octroyirte preussische Verfassung, wo man die Kammern sprengte, ehe sie noch an ihre Aufgabe gehen konnten. — Er setzt hinzu: „Deutschland vertraue dem Patriotismus und dem Rechtsgefühl der preussischen Regierung.“ Eben darum, weil Deutschland weder dem einen noch dem andern vertraut, will es die Verfassung nicht, sie möge ausfallen, wie sie wolle. Deutschland mißtraut nicht einmal mehr, sondern es weiß, daß die gegenwärtige Regierung nichts ist, als der Ausdruck des alten Regiments. Sie wird eine Verfassung geben, in der es §. 1 heißt: Die Regierung darf nur nach den Gesetzen verfahren, §. 2 es steht ihr frei, wenn sie es für gut findet, nicht nach den Gesetzen zu verfahren. Sie kann nur durch Ausnahme-Maßregeln, Belagerungszustand u. dergl. regieren, und darum will Deutschland weder sie, noch ihre Verfassung, wenn eine solche überhaupt zu Stande kommen sollte, wo sämtliche Beteiligte etwas Anderes wollen.

Daß selbst unsere gegenwärtigen Machthaber, so bereit sie sind, eine Frage, welche freie Staaten auf verfassungsmäßigem Wege erledigen, der blutigen Entscheidung des Schwertes zu überlassen, ja — wir bedauern es aussprechen zu müssen, so geneigt sie waren, eine solche Entscheidung zu provociren — ein jedes Blatt der Neuen Preussischen Zeitung spricht dafür — so schrecken sie doch vor dem Aeußersten zurück.

Die Deutsche Reform hatte darauf hingedeutet, das man von dem so vielfach geschmähten Rußland zuletzt in der äußersten Noth die Hilfe erwarten müsse, die Deutschland sich selber nicht leisten könne. Von den Organen der Frankfurter constitutionellen Partei wurde diese Aeußerung, die sich freilich zunächst auf die östreichischen Angelegenheiten bezog, deren Anwendung auf uns aber zu nahe lag, mit großer Heftigkeit angegriffen. Die Deutsche Reform protestirt nun gegen eine solche Unterlegung. Sei es! wir glauben selbst, daß es Preußen nicht wünschenswerth sein wird, in eine noch größere Abhängigkeit von dem nordischen Coloss zu gerathen, aber ist es etwas

anderes, wenn überall das ruhmvolle Preussische Heer die Rolle von Dienern der Gewalt spielen muß! Ist es ein Schritt zur Versöhnung, wenn in dem königlichen Armeebefehl sämtliche Gegner der Regierung — wozu Männer wie Vincke gehören — als eine Partei des „Eidbruchs, der Lüge, des Verraths und des Mordmords“ bezeichnet werden? Nicht wir haben zuerst gesagt, wer nicht mit uns ist, ist wieder uns, sondern ihr. —

Es ist außer allem Zweifel, namentlich seit der offenbar republikanischen Insurrection in Baden, daß die Bewegung, welche ursprünglich durch das von der preussischen Regierung verletzte Rechtsgefühl des deutschen Volkes hervorgerufen wurde, in ihrer jetzigen Wendung einer Partei in die Hände gefallen ist, welche die deutsche Reichsverfassung nur zum Vorwand braucht. Wie wir es vorausgesagt, steht die rothe Republik der rothen Monarchie gegenüber. Wenn nun aber, auf dieses Dilemma gestützt, die Organe der reactionären Partei den Constitutionellen zurufen: „wer hätte es gedacht, daß ihr in dieser Krisis von uns abfallen würdet!“ so ist der Vorwurf lächerlich. Die Vereinigung der constitutionellen und der legitimistischen Partei im November des vorigen Jahres hatte in vorübergehenden Verhältnissen ihren Grund. Die constitutionellen Regierungen konnten den Ausschweifungen der Demokraten nicht kräftig genug entgegentreten, weil sie über die Kräfte des Staats nicht frei disponirten; sie machten daher der Gegenpartei Platz, und unterstützten dieselbe, unter der Voraussetzung, daß sie durch die Zeit belehrt und wahrhaft zum constitutionellen Princip übergegangen sei. Die preussischen Kammern haben uns eines andern belehrt; die Camarillen haben nichts gelernt und nichts vergessen, der Constitutionalismus ist nur ein schlechtes Aushängeschild. Naiv genug erklärt die Deutsche Reform in demselben Augenblick, wo sie die Constitutionellen haranguirt, die preussischen Minister wollten dem deutschen Volk eine liberale Verfassung geben, obgleich es völlig in ihrer Macht läge, den alten Bundestag und was um und an ihm lag wieder herzustellen! Sie wollten die Gnade haben! Fallt nieder, ihr Völker und danket euern Wohlthätern!

Allerdings sind auch wir der Ueberzeugung, daß eine entschiedne Unterdrückung der Anarchie nur durch eine neue Coalition der beiden conservativen Parteien möglich ist. Diese kann aber nicht darin bestehen, daß wir uns von Neuem in die Arme des Absolutismus werfen. Mögen diejenigen, welche Alles von der rothen Republik zu fürchten haben, im letzten Augenblick sich der Nation anvertrauen. Noch steht es den Regierungen frei, der constitutionellen Partei das Ruder zu übergeben. Geschieht es nicht — der Bürgerkrieg ist schon da; das Endresultat ist rothe Republik oder Absolutismus. Die erste ist ein Fieber, das vorübergehn muß; die letztere aber proclamirt sich als einen dauernden Zustand. Die constitutionelle Partei wird nicht mit den Demagogen auf den Barrikaden stehen, eben so wenig aber wird sie sich zu Schergen des absoluten Staats hergeben. Sie wird sich fester organisiren, um wie auch die Entscheidung ausfalle, für Ordnung und Gesetz einzustehn. Stehn wir fest zusammen, so geht die Fluth schnell über unsere Häupter weg, ohne unser Fundament zu unterwühlen; und wer auch fliegen mag, er wird mit uns „vereinbaren“ müssen.